Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung [illegible] Jahr. Bestellungen werden zu jed[illegible] adressiere: „Sask. Courier [illegible] 5, Regina, Sask., oder spreche in der [illegible]. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 6. April 1910 | No. 24.

Minister Calders Rede.

Unser Erziehungsminister James A. Calder, der in Abwesenheit Herrn Walter Scotts fungierender Premierminister der Provinz ist, war letzte Woche im Battleford Wahlkreis, wo eine liberale Vereinigung für die Südhälfte des Kreises gebildet wurde. Bei dieser Gelegenheit hielt Herr Calder eine lange, inhaltsreiche Rede, in welcher er die Arbeiten und Errungenschaften der liberalen Scott-Regierung während der 4½ Jahre ihrer Verwaltung Revue passieren ließ. Die Kritik Haultains und seiner Partei an der liberalen Administration wurde Punkt für Punkt vom Redner vorgenommen und in glänzender Weise abgetan. All die Gerüchte, Verdächtigungen, Andeutungen und offenen Beschuldigungen der Haultain-Leute als Falschheiten und direkte Unwahrheiten bloßgestellt: Redner meinte, diese Herren schienen ihren Hauptlebenszweck darin zu sehen, die Wähler zu blenden und zu täuschen in der Hoffnung, nochmal das Steuer in die Hand zu bekommen. Diese Tories, die sich Provinzrechtler nennen, haben zu gewöhnlicher Zeit ihr Hauptquartier in Regina, zu Wahlzeiten aber ziehen sie nach Winnipeg über, um von dort die Kampagne zu leiten.

Oeffentliche Ländereien.

Calder wies im weitern Verlauf seiner Rede darauf hin, daß die konservative Partei Saskatchewans noch heute tatsächlich ohne eine wirkliche politische Plattform sei. Die Partei hätte keine politischen Ziele, die wirklich auf das Volk der Provinz Eindruck machten und ihm imponierten. Keine wirklich lebendige Politik. Die alten Geschichten von der Zeit der Bildung der Provinzen, die alten, schon zweimal in den Wahlen vom Volk abgetanen Fragen, drücken sie noch immer an die Brust und hoffen noch von ihnen den Sieg. Gerade, als ob sie nichts von der Geschichte und aus der Erfahrung lernen wollten. Er, Redner, glaube, das Volk der Provinz verstehe die liberale Politik in Bezug auf die öffentlichen Ländereien voll und ganz. Saskatchewan wurde seiner öffentlichen Ländereien nicht beraubt. Das Land ist noch alles da und wird zu dem Zweck verwandt, wozu es bestimmt ist, nämlich zur Besiedelung und Bearbeitung. Jahraus, jahrein kommen Tausende der besten Ansiedler in das Land und schließlich wird alles anbaufähige Land bewohnt sein von Millionen glücklicher und zufriedener Menschen. Die Haultain-Partei sage, das noch liegende freie Land solle von der Regierungspartei in Saskatchewan für Revenue-Zwecke gebraucht werden, d. h. die Regierung solle das Land verkaufen und das daraus gelöste Geld auf die Bank tun, damit es Zinsen trage. Was daraus kommen könne, sehe man in Manitoba. Die Provinz Manitoba hätte eine Menge Sumpf- und anderer Ländereien bekommen. Herr Roblin, der konservative Premier jener Provinz, verkaufte das Land aber nicht an wirkliche Ansiedler, sondern verkaufte es zu Schleuderpreisen an seine Freunde und an Spekulanten. Das Geld wurde nicht in die Bank getan, sondern zur Bestreitung der allgemeinen Kosten der Verwaltung der Provinz verwandt. Das geschah in Manitoba und würde vielleicht auch in Saskatchewan geschehen sein, wenn die Haultain-Partei ans Ruder gekommen wäre.

Die Opposition wäre in Betreff der Entschädigungssumme für die öffentlichen Ländereien stets mit Unwahrheiten oder halben Wahrheiten umgegangen. Erst kürzlich hatte ein prominenter Konservativer in öffentlicher Rede behauptet, Saskatchewan bekomme jährlich nur 375,000 Dollars als Entschädigung für seine Ländereien. Das sei ganz falsch. Letztes Jahr erhielt Saskatchewan für die öffentlichen Ländereien 545,152 Dollars. In den letzten fünf Jahren erhielt die Provinz von Ottawa als Entschädigung für unsere Ländereien die schöne Summe von $2,695,192, also ein jährlicher Durchschnitt von ungefähr 540,000 Dollars. Auch vergaßen die Herren Konservativen stets, den Wählern zu sagen, daß die Provinz im Besitz von den Schulländereien sei, die dazu benutzt würden, um Einnahmen für Erziehungszwecke zu schaffen. Diese Ländereien würden in nicht allzu ferner Zeit einige hunderttausend Dollars jährlich abwerfen zum Besten unserer Schulen und Erziehungs-Institute. Wenn die Einwanderung so anhalte, wie in den letzten Jahren, würden wir bald als Entschädigung für unsere Ländereien und als Einkommen von den Schulländereien jährlich über eine Million Dollars einnehmen.

Eisenbahnbau.

Redner ging dann zur Eisenbahnpolitik der Regierung über. Auch in Rücksicht auf diese hätten die Herren Konservativen sich als falsche Propheten erwiesen. Sie hätten die hübsche Bemerkung gemacht, daß die Liberalen nur Bahnen auf Karten bauen könnten, aber in Wirklichkeit würden sie keine Meile Bahn bauen können. Die Tatsachen redeten jedoch eine etwas andere Sprache. Durch die Bemühungen der Scott-Regierung würden allenthalben in der Provinz hunderte von Meilen Bahnen gebaut. Alle drei großen Bahngesellschaften, die Linien durch Saskatchewan haben, bauen mit aller Kraft ihr Transportationsnetz aus. Premier Scott machte dies Versprechen vor zwei Jahren während der allgemeinen Wahlen und dies Versprechen werde vor unseren Augen ausgeführt. Am 31. Dez. 1908 waren in der Provinz 2,948 Meilen Eisenbahn in Betrieb. Ende dieses Jahres würden an 600 Meilen mehr in Betrieb sein. Bis Ende Dezember 1912 würden im ganzen an 1600 Meilen neuer Bahnlinien in Betrieb sein. Das sieht doch etwas anders aus als die Behauptung der Konservativen, die Bahnpolitik der Liberalen bestehe nur darin, Linien auf der Karte zu zeichnen, wo Bahnen nötig seien. Wenn vom Jahre 1905 bis 1912 an 2000 Meilen neuer Bahnen gebaut würden und dann in Betrieb seien, bedeute das in anderen Worten soviel, daß ungefähr 24,000 Quadratmeilen oder über 15 Millionen Acker Land der Besiedelung eröffnet würden. Was das zu bedeuten habe, könne sich jeder wohl selbst sagen.

Redner ging dann auf das Telephon-Departement über und zeigte, daß die Regierung jetzt 1137 Meilen Weite Entfernungslinien besitze. Es hätten sich 70 lokale Telephon-Gesellschaften gebildet, die Telephonlinien in Farmer-Distrikten bauen. Diese hätten bereits 1900 Meilen in Betrieb. Dabei seien die Raten billiger wie in Manitoba und Alberta.

Unsere Finanzen.

Herr Calder ging dann des längern auf den Finanzstand der Provinz über. Die Opposition sei niederträchtig genug, dem Volke vorzulügen, daß die Provinz vor dem Bankerott stehe. Das sei geradezu albern. Als Beweis dafür führte er an, daß kürzlich 4prozentige Bonds der Regierung Saskatchewan in London zu 103, also über Pari, verkauft wurden. Keine Provinz Canadas machte jemals eine Anleihe unter so günstigen Bedingungen. Der Durchschnittsüberschuß der laufenden Einnahmen über die Ausgaben seit 1905 belaufe sich auf die Summe von 832,187 jährlich. Trotzdem die Regierung am 1. März 1910 nach Zahlung aller Rechnungen und Beträge — mit Ausnahme der Ausgaben auf Kapitalrechnung — einen Ueberschuß von 361,000 Dollars hatte, hätte ein Tory der schlimmsten Sorte kürzlich behauptet, die Regierung habe ein Defizit von 780,000 Dollars.

Schulden der Provinz.

Was die öffentlichen Schulden der Provinz anbetraue, so seien diese geschaffen durch den Bau permanenter öffentlicher Gebäude, Stahlbrücken und durch Kauf und Ausbau des Regierungs-Telephonsystems. Niemand könne verlangen, diese Ausgaben mit einmal zu zahlen. Allenthalben würden solche Ausgaben nach und nach erst bezahlt. Haultain und alle seine Anhänger hätten in der Legislatur für Schaffung dieser Schuldrechnung gestimmt, in den kleinen Schulhäusern und Versammlungslokalen während den Wahlen aber machten sie es anders und schrieen mit lauter Stimme, die Provinz hat eine große öffentliche Schuld und steht vor dem Bankerott. Das sei eine ganz gemeine Taktik.

Die öffentliche Schuld belaufe sich auf $3,358,000. Diese Gelder seien in folgender Weise ausgegeben worden. Für öffentliche Gebäude und Institute $1,782,740, für große stählerne Brücken $841,541, für Kauf und Ausbau des Telephon-Systems $1,004,842, für die Universität 120,000 Dollars und für permanente Wege sowie kleinere Brücken $405,631. Die Bestände also, die die Provinz gegen diese öffentliche Schuld habe, belaufen sich auf $4,154,000.

Das Elevator-Problem.

Redner kam auch auf das Elevator-Problem zu sprechen, das von so großer Wichtigkeit für die Farmer des Landes ist. Man hätte die Regierung in gewissen Kreisen beschuldigt, daß sie zu langsam in dieser Sache vorgehe. Er glaube aber, daß die intelligenten Farmer ihm bestimmen würden, daß die Regierung nicht allzu hastig in dieser Frage vorgehe. Hier müsse es heißen: Erst wägen, dann wagen. Die Elevator-Kommission sei nicht ernannt worden, um auszufinden, ob die Farmer Grund hätten zur Klage. Das sei längst erwiesen. Die Aufgabe der Kommission sei es vielmehr, die richtigen Wege zu finden resp. vorzuschlagen, die aus den existierenden schlechten Zuständen herausführten. Die Regierung habe das Problem mit vollem Ernst in die Hand genommen und werde darauf mit voller Kraft hinarbeiten, daß jeder Farmer den vollen Preis für sein Getreide bekommt.

Farmer und Farmmaschinen.

Redner wies dann auf ein wichtiges kleines Gesetz hin, das in der letzten Sitzung der Legislatur angenommen wurde. Dies Gesetz macht geschriebene Kaufübereinkommen zwischen Farmern u. Maschinenhändlern ungültig, insofern der Farmer sich verpflichtet, eine Lien oder Mortgage auf seine Farm zu nehmen, bis die Maschinen bezahlt sind. Das sei sehr drastische Gesetzgebung völlig und einzig zu Gunsten der Farmer des Landes. Diese versetzten in früheren Jahren in hunderten von Fällen ihre Farmen an die Farmmaschinen-Gesellschaften. In Zukunft werden solche „Agreements" keine Wirkung haben. Diese Gesetzgebung sei wohl ziemlich radikal. Aber die Regierung sei entschlossen, die Farmer gegen eine gewisse Agentenklasse bis zum Aeußersten zu schützen.

Herr Calder erntete mit seiner Rede großen Beifall und wir denken, daß auch unsere Leser diesen Artikel mit großem Interesse und auch mit stillem Beifall lesen werden.

An unsere Leser.

Durch Bruch einiger Teile an der großen Zeitungspresse, auf welcher der „Courier" gedruckt wird, war es uns ohne Verschulden unsererseits letzte Woche unmöglich, die Zeitung rechtzeitig fertig zu bekommen und verschicken zu können. Die Zeitung wurde erst Sonnabend Morgen gedruckt und dann sofort und mit aller Eile expediert.

Unsere Leser bekommen also diese Woche zwei Zeitungen oder eigentlich drei, da die letzte Nummer eine Doppelnummer war und werden sie sich hoffentlich dadurch entschädigt fühlen für das Ausbleiben des Couriers letzte Woche.

Da dies das erste Mal in zweieinhalb Jahren ist, daß der „Courier" sich verspätete, werden unsere Leser es wohl entschuldigen.

Sask. Courier Publ. Co.

Canada siegt.

Daß man auch in den Vereinigten Staaten der Ansicht ist, daß Canada in den Zollverhandlungen mit den Staaten einen Sieg errang, geht aus folgendem Artikel einer prominenten amerikanischen Zeitung hervor:

Präsident Taft hat, von der ihm vom Payne-Aldrich-Tarif übertragenen Befugnis Gebrauch machend, für den Einfuhrhandel aus Canada den amerikanischen Normaltarif als maßgebend proklamiert, und dem drohenden Zollkrieg mit der Dominion damit vorgebeugt. Auf beiden Seiten wurden Zugeständnisse gemacht. Canada gewährt einen niedrigeren Zwischentarif für eine Reihe von Waren, von welchen nur der Export von Baumwollsamenöl und von getrockneten Früchten von größerem Vorteil ist, denn die Einräumung der niedrigeren Zölle auf Feigen, Straußenfedern und Wohlgerüche ist für die einschlägigen Industrieen wohl von keinem Belange, zumal die Dominion mit dem Mutterlande, mit Frankreich und auch mit Deutschland Handelsabkommen getroffen hat, unter welchen diese Länder Parfümerien, Toilette-Seifen und Straußenfedern wohlfeiler einführen können, als wenn diese Artikel aus den Ver. Staaten bezogen würden. Bei den Verhandlungen mit den canadischen Tarif-Kommissären wurde der Versuch gemacht, auch für amerikanische Seidenstoffe, besonders für billigere Stoffe, eine Zollvergünstigung zu erlangen, doch schlug die canadische Regierung dies aus, vermutlich aus Rücksicht auf das Handelsabkommen mit Frankreich, welches nächst dem englischen Mutterlande unter dem neuen canadischen Tarif sich am besten stellt. Die Vereinigten Staaten erhalten für die Einräumung des Normal-Tarifs nur eine geringe Gegenleistung, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß der Payne-Aldrich-Tarif auch ohne den Strafzuschlag von 25 Prozent auf den Zollwert immer noch höher ist als der canadische Tarif.

Es wird durch das Tarifabkommen mit Canada der wichtigste Punkt, nämlich das Ausfuhrverbot von Holz aus den Provinzen Quebec und Ontario für die Papierfabrikation in den Ver. Staaten nicht berührt, weil Canada den unverrückbaren Standpunkt einnahm, daß dieses Verbot keine Unterscheidung gegen die Ver. Staaten bilde, sondern eine Maßregel zur Erhaltung der canadischen Wälder sei.

Für beide Länder sind die getroffenen Abmachungen von keiner wirtschaftlichen Bedeutung, wohl aber ist es als eine glückliche Lösung zu betrachten, daß ein Zollkrieg vermieden worden ist. Die Strafzölle, welche in diesem Falle die Regierung der Dominion hätte verhängen können, sind nämlich noch höher als die unsrigen, und es wäre eine Reihe von amerikanischen Waren, welche jetzt in Canada einen bedeutenden Absatz finden, verbannt worden.

Im Jahre 1909 betrug der Wert der Ausfuhr von Schuhwaren 1,117,000 Dollars, der von Eisenbahnwagen und Lokomotiven $3,000,000, es fanden amerikanische Eisenwaren und Stahldraht im Werte von rund $1,000,000 Absatz in Canada und amerikanische Großschlächter exportierten Schmalz im Werte von $1,250,000 dorthin. Im Wettbewerbe mit England, Frankreich und Deutschland hatte keine einzige Gattung dieser Waren den höheren Zoll ertragen können und der Handel mit Canada wäre bedenklich ins Stocken gekommen, zumal Kohle, welche letztes Jahr im Werte von $88,000,000 von hier aus exportiert wurde, in neuerer Zeit auch in Canada gewonnen wird.

Mit dem Ergebnis des Tarif-Abkommens mit der Dominion kann man daher im Grunde genommen herzlich zufrieden sein, auch ohne daß die Ver. Staaten besondere Vorteile davon ziehen. Die Hauptsache bleibt, daß der Zollkrieg verhütet worden ist, von dessen Folgen die Ver. Staaten wahrscheinlich schlimmer zu leiden gehabt hätten als Canada.

Ob die Regierung in Washington sich mit solcher Grazie in die Annahme der von Canada gestellten Bedingungen gefügt hätte, wenn es nicht um die Kongreßwahl im vierzehnten Bezirke von Massachusetts gewesen wäre, ist eine andere Frage. Vor zwei Wochen noch wurde aus Washington gemeldet, daß Staats-Sekretär Knox und Generalanwalt Wickersham den Präsidenten bearbeiteten, er solle es wegen des Ausfuhrverbots für canadisches Weißtannenholz zum Zollkrieg kommen lassen. Die Erwählung eines demokratischen Kongreß-Abgeordneten in dem genannten Bezirke von Massachusetts, in welchem noch nie ein Demokrat gewählt worden war, hat die Herren in Washington anderen Sinnes gemacht, und Präsident Taft hat es sogar über sich gebracht, in diesem Falle den Canadiern nachzulaufen.

Nach der Nordsee.

Aus Berlin wird geschrieben: Die ursprünglich schon für letzten Herbst geplant gewesene Verlegung des ersten Geschwaders der Hochsee-Flotte von Kiel nach Wilhelmshaven wird nunmehr in Vollzug gesetzt. Das aus acht Linienschiffen und einem Aviso bestehende Geschwader ist von Kiel abgefahren, um sich, nach Ausführung einer Anzahl von Manövern in der unmittelbaren Umgebung von Helgoland, nach seinem endgültigen Standort zu begeben.

Diese Geschwader-Verlegung ist von einschneidender Bedeutung für die deutsche Marine. Wilhelmshaven wird damit der Standort und das Arsenal des kampfkräftigsten Teils der deutschen Flotte und erhält, einschließlich der ersten Gruppe der Aufklärungskreuzer, eine Vermehrung der Garnison um etwa 8000 Köpfe. Die als Vorbedingung für diesen Schritt notwendigen gewaltigen Bauten zur Vergrößerung des Kriegshafens sind mit einem ungeheuren Aufwand von Arbeitskraft und Geld jüngst vollendet worden. Ganz abgesehen von den Werkstätten und Arsenalen, fortifikatorischen Anlagen, Kasernen- und Brückenbauten bestehen sie in der Hauptsache aus drei großen Trockendocks von 175 und 187 Meter Länge und 35 Meter Breite, drei großen Liegehäfen für Linienschiffe, Kreuzer und Torpedoboote, einem Ausrüstungshafen und der dritten Hafeneinfahrt mit Doppelschleuse, deren beide Kammern je 250 Meter lang und 35 und 40 Meter breit sind. Die Ausmessungen der Docks wie der Doppelschleuse sind demnach so gehalten, daß diese auch Schiffe von noch bedeutend größerem Deplacement aufnehmen können, als sie die der „Nassau"-Klasse aufweisen. Endlich ist noch mittels Durchstechung der zwischen den beiden bisherigen Hafeneinfahrten befindlichen Insel eine bequeme Verbindung zwischen der neuen Hafeneinfahrt und dem Liegeplatz der Linienschiffe geschaffen.

Dazu bemerkt die „New York Staatszeitung" das Folgende:

„Das erste Geschwader der deutschen Hochseeflotte ist von Kiel nach Wilhelmshaven abgefahren. Das ist der neue Standort. Immer mehr wird das Schwergewicht der beiden maßgebenden Seemächte des Nordens nach der Nordsee verlegt. Nach dem Kampfplatz der Zukunft, falls es wirklich zu einer gewalttätigen Abrechnung zwischen Deutschland und England kommen müßte. Wilhelmshaven ist als Kriegshafen bedeutend erweitert worden. Die Arbeiten für die Erweiterung wurden im Herbst 1900 in Angriff genommen, nachdem der Reichstag die dafür erforderlichen Mittel bewilligt hatte. Die Forderung des Reichsmarineamts lautete ursprünglich auf 45 Millionen Mark, doch mit der Durchführung des „Dreadnought"-Typs in der deutschen Marine sind die Kosten auf 60 Millionen gestiegen. An Stelle von zwei kleinen Trockendocks sind drei große angelegt, die Abmessungen der Doppelschleuse sind bedeutend vergrößert, aus einem Liegehafen für die Riesenschiffe wurden drei, und der große Seedeich erhielt eine Verlängerung von zwei auf sechs Kilometer.

England plant den Bau einer Flottenstation für einen Teil der „Heimatflotte", welche im Verhältnis der Stärke der beiden ersten Flotten der des nach Wilhelmshaven verlegten ersten Geschwaders der deutschen Hochseeflotte entsprechen dürfte, auf den Orkney-Inseln. Diese Station in der Bucht von Scapa Flow würde die Fahrt aus der Nordsee in den Atlantischen Ozean völlig beherrschen. Sie würde die Nordsee absperren und dadurch von den englischen Gemütern den Bann nehmen, unter welchem sie heute in der Befürchtung einer möglichen feindlichen Invasion leben. Die Station auf den Orkney-Inseln, welche die Wacht halten würde über den Ausweg aus der Nordsee zwischen Schottland und Norwegen, wird eine Ergänzung des neuen englischen, westlicher gelegenen Kriegshafens Rosyth im Firth of Forth. Die Nordsee wird eine britische See. Die Politik der britischen Admiralität, die Hauptseemacht in der Nordsee zu konzentrieren und das Meer, welches bisher das deutsche hieß, zu sperren, würde durch die Anlage der neuen Flottenstation in der Bucht von Scapa Flow gekrönt werden.

Es ist davon die Rede, die Insel Helgoland zu einem Stützpunkt ersten Ranges für die deutsche Flotte zu machen. Das würde der Verlegung des ersten Geschwaders der Hochseeflotte erst die rechte Bedeutung, dem Standorte das starke Rückgrat verleihen. Das würde für dieses Geschwader auch die Verbindung mit dem Kaiser-Wilhelm-Kanal wieder herstellen und den strategischen Wert dieser Verbindung zwischen der Nordsee und Ostsee erhöhen.

England und Deutschland rücken sich immer näher. Auf dem Kampfplatz der Zukunft. Darum grade können sie nicht zusammenkommen."

Hoch Roosevelt.

Herr. Theo. Roosevelt, Ex-Präsident der Ver. Staaten, kommt von seiner großen Löwenjagd in Afrika wieder über Europa nach Hause zurück. Er wird sich unter anderm einige Tage in der deutschen Reichshauptstadt aufhalten und Gast des Kaisers sein. Willy und Teddy werden sich dann gründlich kennen lernen, bewundert haben sie sich gegenseitig längst.

Und ganz Berlin wird Hurrah rufen. Hoch Roosevelt!

Von Berlin wird noch des Nähern über die Pläne zur Feierung Roosevelts Folgendes mitgeteilt:

Ex-Präsident Roosevelt ist für drei von den fünf Tagen, die er sich in Berlin aufzuhalten gedenkt, von Kaiser Wilhelm als persönlicher Gast in das Kgl. Schloß geladen. Herr Roosevelt kommt am 9. Mai hier an und ist bis zum 12., wenn der Kaiser wieder nach der Hauptstadt kommt, Gast des amerikanischen Botschafters Dr. David Jayne Hill, um dann im Palais seinen Aufenthalt zu nehmen.

Für die Dauer des Aufenthalts Herrn Roosevelts wird die Hof-Etikette über den Haufen geworfen. Die Ceremonienmeister und Kammerherren sind verdrießlich über des Kaisers Entschluß, einer privaten nicht amtlichen Persönlichkeit bei der Tafel und anderen Gelegenheiten den Vortritt vor jedermann, selbst den königlichen Prinzen, einzuräumen. Man erwartet, daß der Kaiser, der viel darüber nachgedacht hat, wie er den hervorragenden amerikanischen Gast unterhalten solle, verschiedene Ueberraschungen für die drei Tage vorbereitet, und dem Ex-Präsidenten den größten Teil seiner Zeit widmen wird.

„Was meinen Sie, würde Herr Roosevelt in Berlin zu sehen wünschen?" hat der Kaiser den Präsidenten der Universität California, Benjamin Ide Wheeler, ein paar Tage, ehe der Professor anfangs dieses Monats abreiste, gefragt.

„Männer", antwortete Professor Wheeler. „Herr Roosevelt würde, glaube ich, vor allem anderen repräsentative deutsche Männer kennen lernen wollen." Professor Wheeler meinte auch, Roosevelt würde gern etwas gute Musik hören, eine oder zwei Galerieen sehen und Sanssouci, den Landsitz Friedrichs des Großen in Potsdam besuchen wollen.

Der Kaiser hat zwar nicht gesagt, daß er grade diesem angedeuteten Programm folgen wolle, doch ist es wahrscheinlich, daß er eine erlesene Gesellschaft mit Herrn Roosevelt zur Tafel laden und ihm zu Ehren eine Gala-Oper geben lassen wird.

Die Universität Berlin will Herrn Roosevelt den Ehrentitel eines Doktors der Rechte verleihen. Der Universitäts-Senat hat zwar in dieser Richtung noch keine Schritte getan, doch wird die Angelegenheit seitens des Rektors dem Senat vorgelegt werden und unterliegt es keinem Zweifel, daß der Gedanke allgemeine Zustimmung findet. Außerdem aber wird die Universität schwerlich weiter gehen, als Herrn Roosevelt einen herzlichen Empfang zu widmen.

Die „American Association of Commerce and Trade" hat Herrn Roosevelt zu einem Empfang eingeladen. Ein öffentliches Diner hatte der Ex-Präsident vor einigen Monaten abgelehnt mit dem Begründen, sein Aufenthalt in Berlin sei nur kurz, und er denke nicht, Einladungen so lange voraus annehmen zu können. Es gilt nunmehr als höchst wahrscheinlich, daß er mit einem Empfang einverstanden sein und den Amerikanern in Berlin auf diese Weise Gelegenheit geben wird, ihn zu ehren.

Die Zeitungen haben alles, was zu erfahren war, über die Auslassungen des Ex-Präsidenten in Khartum und nachher gebracht, so daß das Publikum im Allgemeinen über seine Bewegungen gut informiert ist, und wenn eine Gelegenheit geboten wird, Roosevelt zu begrüßen, so wird die Bevölkerung von Berlin schon Gebrauch davon machen. Schon jetzt ist große Nachfrage nach Zutrittskarten zu seinem Vortrag in der Universität und nach Einladungen zu dem Empfang der „American Association of Commerce and Trade" vorhanden.

Amerika und Japan.

Die Denkwürdigkeiten des Vize-Admirals Fournier, Kommandeur des Mittelmeer-Geschwaders der französischen Marine, welcher besonders die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Ver. Staaten und Japan und die daraus für ganz Europa erwachsende Gefahr, in einen schrecklichen Konflikt hineingezogen zu werden, erörtert, wurden in Buchform veröffentlicht. Die Memoiren haben in politischen und diplomatischen Kreisen eine Art Sensation hervorgerufen.

Admiral Fournier erkennt die „Star"-Rolle auf der Bühne der internationalen Politik dem deutschen Kaiser zu: Nicht nur in Europa, erklärt der Verfasser, wo der Kaiser den verzweifelten Versuch mache, die Liga der Mächte gegen ihn zu sprengen, sondern auch indirekt als einem einflußreichen Faktor in den Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Japan.

Der Verfasser erklärte es für zwecklos, die Möglichkeit eines Krieges der Ver. Staaten mit Japan als Folge der gereizten amerikanischen Volksstimmung zu bestreiten, sobald Japan's Forderungen oder Japan's Absorbierungspolitik dem übermäßigen amerikanischen Selbstbewußtsein oder den amerikanischen Interessen im fernen Osten unerträglich würden.

„Diese Interessen stehen," fügt der Admiral hinzu, „im Gegensatz zu denen Japans, welches vom Schicksal dazu getrieben wurde, sich durch Eroberung oder diplomatischen Sieg auf dem asiatischen Festland auszudehnen, und grade in den Gegenden den Vorrang zu gewinnen sucht, die Amerika beschützt, indem es für die Integrität Chinas und die Politik der offenen Tür eintritt."

Der Admiral erklärt, Japans große Befürchtung sei, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und China in einem vollkommenen Bündnis gipfeln werden. Auf diese Weise würden die Ver. Staaten im Kriegsfalle eine Operationsbasis und allgemeine Réources haben, die den Philippinen weit überlegen wären. Japan's erhöhte Rüstungen seien deshalb erklärlich, nicht als Drohung für Rußland, sondern zur Vorbereitung der Bekämpfung, ehe es zu spät, der Gefahr, welche in Amerika's Politik enthalten sei.

Admiral Fournier meint, die Flottenstärke der Ver. Staaten werde eines Tages nicht nur diejenige Japans übertreffen, sondern wahrscheinlich derjenigen Großbritanniens gleich sein, trotz der Bemühungen Englands, seine Vormacht zur See aufrecht zu erhalten. Und Japan's Minderwertigkeit würde seinen Verbündeten England zwingen, ihm im Falle eines Konflikts mit den Ver. Staaten zu Hülfe zu kommen.

Im Falle einer feindseligen Koalition der Ver. Staaten mit dem Dreibund würde Frankreich, wie der Admiral glaubt, gezwungen sein, die Streitkräfte Englands, Japans und Rußlands zu ergänzen. Er bezweifelt jedoch, daß der deutsche Kaiser, „obwohl von dem Verlangen verzehrt, die Liga zu zerschmettern, und eine Diplomatie anwendend so unskrupulös, wie diejenige des eisernen Kanzlers", sich auf das gefahrvolle Wagnis eines solchen Krieges einlassen würde, der wenig Aussicht auf Sieg zu Wasser oder zu Lande böte.

„Ohne die Intervention der Flotten des Dreibunds in Europa, um der amerikanischen Flotte in dem Augenblick zu helfen, da sie im Atlantic und Pacific ernstlich engagiert sei, würde die entscheidende Ueberlegenheit in jenem Kampfe", erklärt der Vize-Admiral, „bei den Streitkräften Japans und Englands ruhen. Unter diesen Verhältnissen, welche eine Niederlage bedingen, würden die Ver. Staaten zweifellos der Versuchung widerstehen, ihre Differenzen mit Japan durch einen Appell an die Waffen zu schlichten."

Roosevelt in Aegypten.

Theodore Roosevelt hat vor den Studenten der Universität von Aegypten in Kairo gesprochen, die ihn auf's herzlichste begrüßten und über seine Ausführungen mit lebhaftem Beifall quittierten. Beim Erscheinen des Ex-Präsidenten erhob sich ohrenbetäubendes Händeklatschen in der mit ägyptischen Offizieren, Studenten und Damen dicht besetzten Aula. Herr Roosevelt wurde durch den Präsidenten der Universität, Prinz Ahmed Fuad, mit einer kurzen französischen Ansprache vorgestellt.

Herr Roosevelt führte aus, daß Niemand eine leitende Stellung erringen könne, der nicht Intelligenz, und zwar geschulte Intelligenz, besitze, zu der sich aber ein aufrichtiges Herz, Moral, Anstand und andere gute Eigenschaften gesellen müßten. Ein ehrlicher, mutiger, weitblickender Politiker sei ein gutes Ding in jedem Lande, da seine Brauchbarkeit von seiner Fähigkeit abhänge, die Wünsche des Landes auszudrücken, in dem der Politiker nur einen Bruchteil der führenden Kraft bedeute, während der Kaufmann, der Grundbesitzer, der Ingenieur und Techniker, Leute von hundert verschiedenen Berufen, den Durchschnitts-Typus unserer Führerschaft darstellten.

„Die Ausbildung eines Individuums," sagte der Redner, „für die Fähigkeit, Gutes für die Welt zu schaffen, dauert Jahre. Aber die Ausbildung einer Nation zu dem Ziele, daß sie mit Erfolg die Pflichten einer Selbstregierung erfüllt, dauert nicht eine oder zwei Dekaden, sondern Generationen."

„Manche Toren meinen, die Gewährung einer papierenen, durch hochtönende Erklärungen eingeleiteten Verfassung bringe an sich schon die Macht der Selbstregierung. Das war aber nie der Fall. Niemand kann einem Volke mehr Selbstregierung geben, als man einem Einzelnen Selbsthülfe geben kann. Sie alte kennen das arabische Sprüchwort: „Gott hilft denen, die sich selbst helfen." Auf die Dauer ist der einzige Weg, wie dem Einzelnen zu helfen ist, daß er sich selbst hilft. Dies ist eines der Prinzipien, die Ihre Universität Ihnen einprägen sollte."

Dann wandte sich der Redner gegen Akte der Gesetzlosigkeit, des Neides, des Hasses und vor allem des Rassen- und religiösen Hasses, wobei er wiederum ein arabisches Sprüchwort einflocht: „Gott ist mit dem Geduldigen, wenn dieser weiß, wie er warten soll."

„Alle guten Männer, alle Männer jeder Nation, an deren Achtung etwas gelegen ist," fuhr der Ex-Präsident fort, „sind unaussprechlich erschüttert worden durch die Ermordung von Butros Pascha Ghali. Es war dies ein noch größeres Unglück für Aegypten als ein Unrecht gegen den Ermordeten selbst. Der Typus des Mannes, der zum Mörder wird, ist der Typus, der alle Eigenschaften besitzt, die ihn als guten Bürger unmöglich machen; der Typus, der schlechte Soldaten in Kriegszeiten und noch schlechtere Bürger in Friedenszeiten giebt. Solch' ein Mann steht auf dem Gipfel der Schlechtigkeit und Ruchlosigkeit. Wer für solch' eine Tat Entschuldigung oder Verzeihung hat, wer durch Wort oder Tat, direkt oder indirekt, zu solch' einer Tat im Voraus ermutigt oder sie nachträglich verteidigt, steht auf gleicher Höhe der Schlechtigkeit. Es ist ganz nebensächlich, ob der Mörder Mohammedaner oder Christ ist, oder ob er überhaupt keinen Glauben hat; ebenso, ob das Verbrechen in politischer Fehde oder industriellem Kampfe verübt wurde. Die im Solde eines Reichen von einem Armen ausgeführte Tat, — sei sie nun unter dem Vorwand vollführt, Drohung zu wahren oder Freiheit zu erlangen, — ist in den Augen aller anständigen Männer in gleicher Weise verabscheuungswert und schadet auf die Dauer jeder Sache, zu der sich der Mörder bekennt."

Am Tage darauf bieten zweihundert Studenten der Universität von Aegypten vor Shepheard's Hotel, wo Ex-Präsident Roosevelt wohnt, eine Kundgebung ab, indem sie, mit einer ägyptischen Fahne an der Spitze, unter dem Ruf: „Hoch die Verfassung und die Freiheit von Aegypten!" in die Hände klatschend, vor das Hotel vorbeimarschierten.

Herr Roosevelt aber ist in sein Zimmer war, ließ sich durch die Studenten nicht stören, welche einig wieder auseinandergingen, nachdem sie ihren Gefühlen Ausdruck gegeben hatten.

Veranlaßt war die Demonstration durch die britenfreundlichen Auslassungen Roosevelts in seiner Rede in der Universität.